



an den

EINWOHNERRAT EMMEN

53/11 Beantwortung der Dringlichen Motion vom 16. September 2011 von Karin Saturnino, Andreas Kappeler und Hanspeter Herger namens der SP/Grüne Fraktion betreffend keine neuen Ansiedlungen ohne Lösung des Verkehrsproblems

Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

1. Einleitung

Am 16. September 2011 haben Karin Saturnino, Andreas Kappeler und Hanspeter Herger namens der SP/Grüne Fraktion eine dringliche Motion betreffend keine neuen Ansiedlungen ohne Lösung des Verkehrsproblems eingereicht.

Die Motionäre stellen fest, dass die Gemeinde Emmen für Unternehmen zwar eine attraktive Gemeinde ist, aber nicht nur Arbeitsplätze und Steuereinnahmen generieren, sondern auch immer mehr Verkehr und Kosten mit sich bringen. Gleichzeitig wird angeführt, dass die Lebensqualität für die Emmer sinkt und die ansässigen Betriebe sich betreffend neuen Ansiedlungen ärgern.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, aufzuzeigen, wie er die Problematik angehen wird und soll konkrete Massnahmen ergreifen und einfordern. Der Gemeinderat wird weiter aufgefordert bevor neue Firmen angesiedelt werden:

- Müssen Massnahmen greifen, welche zumindest eine weitere Verschlechterung der Lebensqualität der Bevölkerung durch Mehrverkehr verhindert.
- Muss durch geeignete Massnahmen die Verkehrsbelastung im Siedlungsgebiet reduziert werden.

2. Zur Forderung der Motionäre

Der Gemeinderat ist sich der Ausgangslage bewusst und hat dies bereits in die laufenden Verhandlungen mit eingebracht. Wie in der Botschaft Umzonung Hasli angeführt, werden auch in Zukunft bei Neuansiedlungen vertraglich Fahrtenkontingente definiert, um die Zu- und Wegfahrten grossmehrheitlich über den Anschluss Buchrain festzulegen.

Im Agglomerationsprogramm sind die Entwicklungen, aber auch die Anforderungen festgelegt. Da es sich dabei um eine überregionale Angelegenheit handelt, kann der Gemeinderat nicht alleine agieren, sondern im Verbund mit dem Kanton. Ein Mobilitätsmanagement wird bereits mit den Firmen umgesetzt und die Anreize zum Mobilitätsverhalten sind mit der Optimierung des Öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs in die Wege geleitet.

Es gilt zu beachten, welcher Verkehr bei einer Ansiedlung entsteht. Dienstleistungsfirmen oder Gewerbetriebe bringen vermehrten motorisierten Individualverkehr (MIV). Industrielle Betriebe bringen dazu noch mehr Schwerverkehr. Die Erfahrung zeigt, dass mit den Gewerbetreibenden und Industriebetrieben Absprachen betreffend Verkehrsführung (Mobilitätsmanagement) künftig möglich sein wird. Beim MIV wird das kurzfristig weniger bis gar nicht der Fall sein können. Es braucht neue Lösungen, welche zuerst gemeinsam zwischen Behörde und Arbeitgeber entwickelt werden müssen. Ein genereller Stopp von Ansiedlungen, wie es die Motionäre fordern, ist aber auch kurzfristig kein Lösungsansatz.

Der Gemeinderat ist bemüht, die Ansiedlungen optimal auf den zu erwartenden Verkehr abzustimmen. Gleichzeitig sieht er mögliche Cluster (Firmen in verwandten Segmenten, Wertschöpfungskette) künftig als eine optimale Lösung für die Gemeinde Emmen.

Gleichzeitig mit dem Agglomerationsprogramm, das die Entwicklung der Gemeinden in Zonen- und Verkehrsentwicklung aufzeigt, wird das Mobilitätsmanagement den Betrieben vorgestellt und Umsetzungsmassnahmen werden diskutiert. Weiter wird zurzeit von der Hochschule Luzern eine Studie betreffend Gemeindeentwicklung erstellt; daraus ergibt sich die künftige Siedlungsentwicklung und daraus abgeleitet wird das Siedlungsleitbild erarbeitet. Generell muss jedoch festgehalten werden, dass ein Mobilitätsmanagement des MIV vor allem auf den übergeordneten Strassenverkehr Sinn macht. Es ist deshalb Sache des Kantons, ein solches in die Wege zu leiten. Das vif hat bereits mit einem „Verkehrsmanagement und Betriebskonzept Luzern Nord“ erste Ideen der Gemeinde Emmen vorgestellt - die Weiterbearbeitung und konkrete Umsetzungsentscheide müssen noch erfolgen.

Diese Arbeiten haben alle zum Ziel, die Gemeinde Emmen auf die zukünftigen Herausforderungen vorzubereiten und unter anderem die Lebensqualität der Emmer Bevölkerung optimal in die Projekte und Entwicklungen einzubringen.

Schlussfolgerung

Die Forderungen nach griffigen Massnahmen, welche zumindest eine weitere Verschlechterung der Lebensqualität der Bevölkerung durch Mehrverkehr verhindern soll sowie dass durch geeignete Massnahmen die Verkehrsbelastung im Siedlungsgebiet reduziert werden soll, sind dem Gemeinderat seit Jahren bekannt. Diesbezüglich werden auch seit Jahren Verbesserungsmassnahmen, welche in der Möglichkeit und im Verantwortungsbereich der Gemeinde liegen, Schritt für Schritt beurteilt und umgesetzt. Die von den Motionären beschriebenen Massnahmen zur Erhöhung der Lebensqualität, wie verbesserte ÖV Erschliessungen, Mobilitätsmanagement in Firmen sowie generelle Massnahmen zur Verkehrsberuhigung unterstützt der Gemeinderat vorbehaltlos. Der Gemeinderat ist sich der konkreten Situation bewusst und hat notwendige weitere Schritte bereits eingeleitet.

Die rigorose aber auch unpräzise Forderung, nachdem **keine neuen Ansiedlungen ohne Lösung des Verkehrsproblems** getätigt werden können, lehnt der Gemeinderat aber ab. Unklar ist insbesondere die Frage, wann ein Verkehrsproblem gelöst ist und wann noch nicht. Nach welchen Kriterien soll eine solche Beurteilung erfolgen? Der Gemeinderat sieht auch keine Möglichkeit, dass diese Frage durch messbare Grössen, welche als Entscheidungsgrundlage zwingend vorhanden sein müssen, definiert werden kann.

Bereits heute wird bei jeder neuen Ansiedlung je nach Komplexität ein umfassendes Verkehrsgutachten nach klar definierten Grundlagen erstellt. Ist die zu erwartende Verkehrsbelastung ausserhalb der geltenden Norm, müssen griffige Massnahmen einen Lösungsweg aufzeigen. Ansonsten kann bereits heute eine Ansiedlung nicht erfolgen.

Der Gemeinderat lehnt infolge der vorgängig ausgeführten Gründe einen generellen Ansiedlungstopp und somit die Motion ab.

Emmenbrücke, 26. Oktober 2011

Für den Gemeinderat

Dr. Thomas Willi
Gemeindepräsident

Patrick Vogel
Gemeindeschreiber